

**D-01** Dringlichkeitsantrag: Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren.  
Europäische Sicherheitsordnung schützen.

Antragsteller\*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Seit der russischen Vollinvasion stehen wir vor einer **historischen Zäsur** der  
2 europäischen Sicherheitsordnung sowie an einem globalen neuralgischen Punkt der  
3 Völkerrechtsgeschichte, an dem unsere Haltung und unser Handeln darüber  
4 entscheiden werden, ob unsere **regelbasierte Ordnung** ihre gegenwärtige Krise  
5 übersteht oder nicht. Gerade unsere grüne Kernprogrammatische – zivile  
6 Konfliktbewältigung im Sinne eines breiten und vernetzten Sicherheitsbegriffes  
7 und dekolonialer Ansätze – erfordert dringend an diesem neuralgischen Punkt  
8 beherztes Handeln. Zu all diesen Entwicklungen bedarf es dringend einer  
9 parteiinternen Debatte und Positionierung.

### 10 **1. Nordkorea**

11 Durch den Einsatz nordkoreanischer Truppen in der Ukraine ist eine neue  
12 Situation im Kriegsgeschehen entstanden. Für seine aktive Kriegsbeteiligung hat  
13 es im Gegenzug vermutlich erhebliche Unterstützung in Form von Energie, Devisen  
14 oder sogar Technologien für Raketen- und Atomwaffenprogramme von Russland  
15 zugesichert bekommen. Ein solches Szenario könnte eine Eskalation auf der  
16 koreanischen Halbinsel provozieren und stellt eine massive Bedrohung nicht nur  
17 für die Ukraine, sondern auch für die **europäische sowie asiatische**  
18 **Sicherheitsarchitektur** dar. Die militärische Allianz zwischen Russland und  
19 Nordkorea ist ein klares Zeichen dafür, dass Moskau auf eine **internationale**  
20 **Eskalationsstrategie** setzt.

### 21 **2. Friedensplan und Sicherheitsgarantien**

22 Die Situation der Ukraine ist entscheidend für die Zukunft der europäischen  
23 Sicherheitsordnung. Für einen stabilen und nachhaltigen Frieden sind  
24 Sicherheitsgarantien für die Ukraine essenziell. Diesbezüglich hat der  
25 ukrainische Präsident auf dem EU-Gipfel und dem parallel stattfindenden NATO-  
26 Treffen in Brüssel seinen sogenannten "Sieges-Plan" vorgestellt. Dabei hat er  
27 angedeutet, dass eine **nukleare Bewaffnung der Ukraine** die einzige Alternative zu  
28 einer NATO-Mitgliedschaft sei. Die Tatsache, dass die Ukraine in Erwägung zieht,  
29 ihre Sicherheit nur durch den Besitz von Atomwaffen garantieren zu können -  
30 sollte sie nicht NATO-Mitglied und entsprechende Sicherheitsgarantien erhalten -  
31 , verdeutlicht, wie sehr die Prinzipien der **nuklearen Nichtverbreitung** durch  
32 unsere zögerliche Haltung untergraben werden. Statt eine friedensfördernde  
33 Wirkung zu haben, führt das Setzen auf vermeintliche „rote Linien“ des Kremls zu  
34 einer weiteren Verschärfung der globalen Sicherheitslage. Ohne verlässliche  
35 Sicherheitsgarantien durch die NATO wird es zunehmend schwieriger, eine nukleare  
36 Aufrüstung der Ukraine glaubhaft zu verhindern.

### 37 **3. Deutschland im Visier Russlands: systematische Desinformations- und** 38 **Propagandakampagnen**

39 Russland betrachtet die Bundesrepublik Deutschland und den Westen schon seit  
40 längerer Zeit als Kriegsgegner und führt bereits seit geraumer Zeit einen  
41 **hybriden Krieg** gegen den Westen. Deutschland ist dabei eines seiner Hauptziele.  
42 Dies wurde in der jüngsten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen  
43 Kontrollgremiums (PKGr) deutlich, bei der **systematische russische**  
44 **Desinformations- und Propagandakampagnen**, durchgeführt durch Geheimdienste  
45 und  
46 sogenannte "Trollfabriken", im Zentrum standen. Diese Angriffe zielen darauf ab,  
47 unsere Demokratie zu destabilisieren und das Vertrauen in unsere Institutionen  
48 zu untergraben. Dabei beschränken sich die russischen Aktivitäten nicht nur auf  
49 digitale Angriffe: Cyberangriffe, Sabotageakte, Spionage und sogar Auftragsmorde  
50 sind dabei nicht nur gelegentliche Bestandteile, sondern Hauptmerkmal der  
51 russischen Außenpolitik geworden. Ein aktuell alarmierendes Beispiel ist die  
52 Einmischung in das Referendum in der Republik **Moldau**, wo Moskau orchestrierte  
53 Maßnahmen ergriffen hat, um freie und faire Wahlen zu behindern und eine pro-

#### 54 **4. Russland rüstet massiv auf**

55 Parallel dazu baut Russland seine konventionellen Streitkräfte massiv aus und  
56 strukturiert diese neu. Es ist absehbar, dass Russland spätestens gegen Ende  
57 dieses Jahrzehnts personell und materiell in der Lage sein wird, einen **Angriff**  
58 **gegen die NATO** zu starten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Putin die „roten  
59 Linien“ austesten und den Krieg weiter eskalieren wird. Seine strategischen  
60 Ziele gehen längst über die Ukraine hinaus – er strebt eine Konfrontation mit  
61 dem Westen an, um eine neue Weltordnung nach seinen Vorstellungen zu etablieren.

62 In Anbetracht des Drucks, den **Putin-freundliche Parteien in Deutschland** wie die  
63 AfD und das BSW auf die CDU und andere potenzielle Koalitionspartner ausüben,  
64 ist es unabdingbar, dass wir uns im kommenden Bundestagswahlkampf als die Partei  
65 profilieren, die diese Bedrohungen verstanden hat.

#### 66 **Resümee**

67 Putin versteht den Krieg in der Ukraine als einen globalen Kampf gegen den  
68 Westen und die regelbasierte internationale Ordnung. Sein Ziel ist die innere  
69 Zersetzung der Rechtsstaatlichkeit und unserer liberalen Demokratien. Die EU und  
70 die NATO müssen zukünftig nicht nur mit möglichen russischen Angriffen rechnen,  
71 sondern mit einer breiteren Allianz gegen den Westen, zu der auch Nordkorea  
72 zählt. Nicht unsere entschlossene Unterstützung befördert eine Eskalation,  
73 sondern unsere Zögerlichkeit. Eine entschiedene militärische Unterstützung der  
74 Ukraine ist die einzige Möglichkeit, ernsthafte diplomatischen Lösungen und  
75 echte Friedensverhandlungen voranzutreiben. Wir als Bündnis ´90/Die GRÜNEN  
76 können und müssen eine starke Stimme der Unterstützung in diesem Zusammenhang  
77 sein und uns in unseren bevorstehenden programmatischen Debatten und  
78 Wahlkämpfen  
79 auch dezidiert positionieren.

#### 79 **Die BDK möge vor dem Hintergrund dieser vielfältigen** 80 **Bedrohungsverschärfungen** 81 **beschließen:**

81 1) eine deutliche Positionierung für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;

- 82 2) eine deutliche Positionierung für die Aufhebung der Reichweitenbeschränkung  
83 deutscher Waffen und anderer künstlicher Einschränkungen der ukrainischen  
84 Verteidigungsfähigkeit;
- 85 3) eine resolute Isolierung Russlands und seiner Unterstützer, um Bündnisse  
86 gegen die regelbasierte Ordnung zu verhindern;
- 87 4) das außenpolitische Profil von Bündnis '90/Die GRÜNEN als Partei  
88 hervorzuheben, die konsequent an der Seite der Ukraine steht und für die  
89 Bewahrung unserer europäischen Sicherheitsordnung und regelbasierter Weltordnung  
90 einsteht;
- 91 5) eine Priorisierung dieser Frage im (außenpolitischen) Programmprozess und im  
92 Bundestagswahlkampf.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Nach Antragsschluss zur BDK am 4. Oktober haben sich etwa seit Mitte Oktober mehrere entscheidende Entwicklungen im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zugetragen: Nordkorea beteiligt sich laut südkoreanischer und ukrainischer Geheimdienste auch mit eigenen Truppen an Kampfhandlungen, der ukrainische Präsident Selenskyj hat seinen Friedens- und Siegesplan vorgestellt, und die Gefahr der zunehmenden Verbreitung von Atomwaffen wächst. Zudem wurde im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages eindringlich vor Russlands systematische Desinformationskampagnen in Deutschland gewarnt.

1. Bei einer direkten militärischen Beteiligung Nordkoreas an Russlands Angriffskrieg verschärft sich die internationale Lage erheblich, da sie eine gefährliche Ausweitung des Konflikts darstellt und sowohl Europa als auch Asien betrifft. Wir müssen die Risiken einer Eskalation bei dieser Allianz, die das geopolitische Gleichgewicht destabilisieren und neue Krisenherde schaffen kann, beobachten und Gegenmaßnahmen entwickeln.

2. Der von Präsident Selenskyj vorgestellte Friedens- und Siegesplan stellt eine entscheidende Möglichkeit dar, um den Krieg mit einer klaren Zielsetzung zu beenden. Wir müssen verdeutlichen, dass fehlende Sicherheitsgarantien des Westens in Bezug auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hingegen fatale Folgen haben können, wie eine nukleare Aufrüstung der Ukraine sowie ein mögliches Unterlaufen des Atomwaffensperrvertrags.

3. Das Ausmaß der russischen Desinformationskampagne und ihr systematisches Vorgehen sind durch die Informationsdienste im PKGr vorgestellt worden. Dieses explizite Mittel der russischen Außenpolitik ist eine Bedrohung für die westlichen Demokratien, wobei die Bundesrepublik Deutschland im Zentrum der Angriffe steht. Ohne Gegenmaßnahmen könnten diese hybriden Angriffe tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Stabilität Deutschlands und anderer westlicher Länder haben.

Diese Entwicklungen bergen das Potenzial, nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte globale Sicherheitsordnung zu bedrohen. Eine umfassende Beschäftigung innerhalb der Grünen sowie auch der Gesellschaft ist deshalb entscheidend, um entsprechende Maßnahmen zur Sicherung der globalen Friedensordnung und zur Stärkung der Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen sowie zur Verteidigung demokratischer Werte zu ergreifen.

\* \* \*

Gemeinsame Antragstellerinnen:  
Ursula Stark Urrestazu und Sava Stomporowski, beide KV Bonn

## **Begründung**

mündlich

## **weitere Antragsteller\*innen**

Torsten Grieger (KV Altenburg); Katrin Maini Schild-Wagner (KV Tübingen); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Reiner Daams (KV Solingen); Moritz Hüttner (KV Leverkusen); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Ulrich Kindermann (KV Bonn); Ute Hennig (KV Bonn); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Christoph Joachim (KV Tübingen); Viola von Cramon (KV Göttingen); Daniel Beer (KV Celle); Robert Levin (KV Osterholz); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Bernd Zobel (KV Celle); Arven Herr (KV Göttingen); Rochus Jonas (KV Braunschweig); Axel Kittel (KV Oldenburg-Stadt); Isabel Elsner (KV Düren); sowie 238 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.